

Bezugspreis:

Vierteljährl. 12,50 Mk., monatl. 4,00 Mk. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 14. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Blutschuld der Unabhängigen.

Phrasen gegen Beweise.

Die Schüsse, die am Dienstag nachmittag vor dem Reichstagsgebäude gefallen sind, fanden heute Mittwoch vormittag ihr Echo im Sitzungssaal der Nationalversammlung.

Noch einmal erhebt unter dem Protest der Rechten des Hauses der Abgeordnete Henke das Wort. Es sollte ihm Gelegenheit gegeben werden, die heinsichen Behauptungen zurückzuweisen.

Deutsche Nationalversammlung.

146. Sitzung, Mittwoch, den 14. Januar 1920.

Am Regierungstisch: Bauer, Dr. Schiffer, Roske, Dr. David, Koch, Schilde, Dirsch.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr. Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Betriebsräte ein.

Reichskanzler Bauer:

Die Beratungen dieses Hauses über die Vorlage für das Betriebsrätegesetz haben einen Angriff gegen den Parlamentarismus und die Demokratie hervorgerufen, wie er in der Volksgeschichte niemals erlebt worden ist.

Der traurige Ruhm, die Unatut besangen zu haben, fällt auf die Unabhängigen!

(Stürmischer Widerspruch der Unabhängigen. Rufe: Rein, auf Sie! — Stürmischer Beifall der übrigen Parteien des Hauses. — Anhaltende große Unruhe. Präsident Fehrenbach ruft mit erregter Stimme den Abgeordneten zu, ihre Plätze einzunehmen und die Ordnung aufrecht zu erhalten.)

Vor der ganzen Welt und vor dem ganzen deutschen Volke stelle ich fest, daß die Schuld daran nur die Unabhängige Partei trifft.

(Anhaltender erregter Widerspruch bei den Unabhängigen. Rufe: Sie haben die Maschinengewehre! Sie fühlen sich getroffen! — Präsident Fehrenbach ersucht andauernd um Ruhe.)

(Große Bewegung.) Beweise, die Ihr Geschrei (zu den Unabhängigen) nicht widerlegen kann und Ihre demagogischen Versuche, die Blutschuld von sich abzuwälzen, ergebnislos machen wird.

Ihre Führer haben sich aber wohlweislich im Hintergrunde gehalten. (Lebhaftes Hört! Hört! Unruhe bei den Unabhängigen.) Die Sozialdemokratie und ihre Anhänger sind bei an diesen Demonstrationen nicht teilgenommen.

In allerhöchster Lebensnot von der Waffe Gebrauch gemacht. (Lebhafter Widerspruch bei den Unabhängigen. Stürmische Gegenäußerungen bei den anderen Parteien.)

fällt ganz allein auf die Unabhängigen. (Rufe der Unabhängigen: Rein, auf die Regierung!)

Es haben sich Zeugen im Hause gemeldet, die beobachtet haben, daß Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie nach Ablehnung ihres Geschäftsordnungsantrages auf Entfernung der Bewaffneten aus dem Hause der Nationalversammlung mit den Waffen draußen Fehlung genommen haben.

(Ungeheurer minutenlanges Lärm — Präsident Fehrenbach ruft: erst nach besonderer Rufe die Ruhe wieder her.) Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß Sie (zum Hause) dem Eingreifen der Sicherheitswehr Leben und Gesundheit verdanken.

Wir stehen jetzt wieder vor einem mit ungeheuren Nachmitteln eingeleiteten

Kasturm gegen unsere Wirtschaft

und gegen unser ganzes wirtschaftliches und nationales Leben. (Zurufe bei den U. S.: Von der Unternehmenseite! — Gegenrufe bei der Mehrheit.)

Stillegung des Eisenbahnbetriebs im ganzen Reichsgebiet durchzuführen. Wir kennen ja das Wort aus unabhängigen Munde, daß die Eisenbahnen die Hand an der Gurgel des Staates haben.

und gegen die Gesamtheit des Volkes verleitet werden. Was soll denn erreicht werden durch diese Stilllegung des Verkehrs? Die Kohlenzufuhr wird abgebrochen, die Betriebe müssen geschlossen werden und die Zahl der Arbeitslosen wächst ins Ungeheure.

Wir Sozialisten hat diese demagogische Agitation nichts zu tun. Sozialismus heißt Organisation und Arbeit, heißt organischer Aufbau der Wirtschaft zu höheren Formen.

Ein Zentrumsgesetz bedeutet auf einen Unabhängigen und ruft: Mit dem Stroh müßt

angehörigen werden!) Die Regierung ist sich der Pflicht bewußt, die sie der Gesamtheit des Volkes gegenüber wahrzunehmen hat. (Zurück bei der Wehrheit.) Sie kann nicht auf eine verheerende Widerheit Rücksicht nehmen, die geradezu tollwütig gegen das Leben des Volkes wütet und uns in ein Trümmerfeld bringen will. Wir werden, wie ich annehme, der Unterstützung dieses Hauses und der öffentlichen Meinung sicher sein, wenn wir

die Verheerung dieser Gruppen verbieten, gegen die intellektuellen Urheber dieser Katastrophe vorgehen und die- jenigen hinter Schloß und Riegel bringen, die bestrebt sind, unser Volk wütend in den Abgrund hinabzurufen.

(Beifall bei der Wehrheit, Lärm bei den U. Soz.) In dieser Tätigkeit bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um das Volk und die ganze deutsche Nation vor dem Abgrund zu bewahren. (Lebhafte Beifall bei der Wehrheit heftiges. Bischoff bei den U. Soz., Sozialdemokraten.)

Als der Reichstagspräsident Hr. Schneider-Schöffen (Dem.) hierauf das Wort nimmt, reden die Abgeordneten (U. Soz.) und Hr. Soz. (U. Soz.) erregt die Aufmerksamkeit ein. Bischoff den übrigen unabhängigen Abgeordneten und den sozialdemokratischen Abgeordneten entziehen laute Auseinandersetzungen, die den Reichstagspräsidenten unverständlich machen. Der Abgeordnete der Wehrheit wird gerufen: Heraus mit der Fackel! Heraus! (Ruf bei den U. Soz.)

Reichstagspräsident: Wir haben das Betriebsratsgesetz beraten und in dieser Beratung hat der Reichstagspräsident das Wort genommen. Normal müßte also die Redezeit zum Betriebsratsgesetz gelten. Da aber der Reichstagspräsident sich speziell gegen die Unabhängigen gewandt hat, wird es wohl zweckmäßig sein,

einem Redner der Unabhängigen außer der Reihe jetzt das Wort zu geben. (Lauter Widerspruch auf der Rechten; Rufe: Abstimmen!)

In der Abstimmung wird der Vorschlag des Reichstagspräsidenten mit den Stimmen beider sozialdemokratischen Fraktionen und eines Teils der Demokraten und des Zentrums angenommen.

Denke (U. Soz.):

Keine Partei kann dem Urteil der Geschichte mit Ruhe entgegensehen; es wird ergeben, daß alles, was der Reichstagspräsident an Vorwürfen gegen sie vorgebracht hat, zurückzuführen ist einerseits auf falsche Informationen und zum andern auf eine gewisse Voreingenommenheit des Reichstagspräsidenten gegen meine Partei. (Sehr wohl bei den U. Soz.) Demgegenüber erleben wir hier auf neue die Forderung auf das Recht zu Demonstrationen. Der Reichstagspräsident hat es so hingestellt, als ob menschen die Aufforderung zu Anklagen ein Verbrechen sei. Das ist eine Engherzigkeit der Auffassung ohne Gleichen. Das Recht auf Demonstrationen ist aufs allerengste verbunden mit den übrigen demokratischen Rechten. (Sehr richtig bei den U. Soz.)

(Widerpruch rechts.) Gerade die Deutsche Volkspartei sollte ruhig sein; Sie haben doch Beifall gebracht, als solche Demonstrationen für Hindernisse hielten. Aber der Kampf gegen die Demokratie wundert uns nicht. Das einzig Sonderbare an der Situation ist, daß auch Vertreter der Arbeiter die Herren von rechts unterstützen. Die Wahrheit wird trotz alledem in den nächsten Tagen in den Arbeiterkreisen zum Durchbruch kommen. Sie haben uns allerdings verhindert, jetzt zu den Massen zu reden; Sie haben den Belagerungszustand verhängt, das Mittel, von dem ein italienischer Staatsmann sagte, mit ihm könne auch ein Esel regieren. (Großer Lärm.) Die große Masse der Arbeiter weiß, daß ihnen diese Koalitionsregierung in dem Betriebsratsgesetz ein Zwangsrecht aufzuerlegen und den Unternehmern ein Schutzgesetz zu geben versucht. (Widerpruch bei der Wehrheit.) Ebenso weiß sie ganz genau, daß die Regierung bemüht sein wird, den Kapitalismus zu schützen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man zur Anwendung der demokratischen Rechte auffordert, dann man dann heute in den Tod, wie der Reichstagspräsident sagt? Das ist eine ganz blöde Auffassung. Ihr Zweck ist, die Blutschuld der Regierung von ihr abzumwälzen. Solche Demonstrationen, wie die gestrigen, sind in England z. B. nichts Neues. Aber unser neuer Militarismus hat den Geist des alten. Darum war es nötig, daß man den Reichstag in eine Festung verwandelte und die Parolen auf die Massen losließ. Härte man die Maschinen- gewehre weg, dann wäre es nicht zu den bedauerlichen Vorfällen gekommen (Widerpruch und Lärm bei der Wehrheit), zweifellos wäre der Nationalversammlung nichts geschehen. (Erneutes Lachen.) Das Wort August Bebel's bleibt wahr (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist eine

Befehligung für Bebel,

wenn Sie ihn nennen!); wenn es zu solchen Vorgängen kommt, dann liegt das an den Hehlern der Regierung, nicht an den Ausführenden der Volksworte.

Die große Masse der Arbeiterklasse, die gestern demonstriert hat, hat sich mühsam benommen.

(Lachen bei der Wehrheit.) Gerade wir haben für die Unterzeichnung und Durchführung des Friedensvertrags gesorgt, während der Reichstagspräsident sich das noch lange überlegt hat. (Großer Lärm.) Wenn die Ausführenden erst heute zurückkehren, so hat das die Regierung verurteilt.

Präsident Hehrbach: Wenn sich der Ausdruck „Blutschuld“ vorhin auf die Ausführungen des Reichstagspräsidenten bezogen hat, so muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Hr. Hehrbach (fortfahrend): Es muß zu Zusammenstößen kommen, wenn eine solche unfähige Regierung den Volksworten gegenübersteht, die sich nur dadurch zu helfen weiß, daß sie das Parlamentsgebäude militärisch besetzt. Es wäre angezeigt gewesen, wenn der Reichstagspräsident heute noch einige Worte hinzugefügt hätte, daß er gestern nicht vermutet hat, daß die Zahl der Opfer so groß ist. Wir sagen angesichts dieser Todesopfer:

Wir weisen jede Blutschuld von uns!

(Großer Lärm. Zurufe: Ruht! Ruht! par nicht!) Wir werden die Arbeiter auffordern, von allen ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen gegen eine solche Regierung, gegen eine solche Politik für die Interessen des Kapitals müssen die Arbeiter Front machen.

Sieg über Tod!

(Großer Lärm. Glade des Reichstagspräsidenten. Zurufe: Das war aufrichtig! Das werden wir Ihnen nicht vergessen!) Den sozialdemokratischen Führern wurden früher dieselben Vorwürfe gemacht wie jetzt uns; heute sind sie mit die Säuglinge des Kapitals. Gegenüber der Rot der durch das Kapital ausgebeuteten werden wir den rücksichtslosen Klassenkampf beibehalten, den wir von jeher für richtig gefunden haben.

Wir weisen auf die Maßnahmen, die Sie gegen uns getroffen haben, Herr Rostke.

(Minister Rostke: Kommen Sie nur raus! — Stürmische Heiterkeit.) Der Sozialismus wird trotz alledem siegen.

(Vorsetzung in der Morgenausgabe.)

Die Parlamentsfabotage.

Nach einer Meldung der P. P. R. sollen die Mitglieder der unabhängigen Fraktion erklärt haben, die Verhandlungen der Nationalversammlung nicht weiter führen zu wollen. Dieser Beschluß sei den übrigen Fraktionen im Laufe des Dienstagabend mitgeteilt worden.

Wie der heutige Sitzungsbericht ergibt, ist dieses Versprechen nur in sehr bedingtem Maße innegehalten worden. Im übrigen hat die unabhängige Fraktion am Dienstag wieder einmal bewiesen, daß die Unabhängigen nichts als die gekochten Nachahmer der von den Kommunisten auf ihre Spaltungskonferenz beschlossene Programm, das den Parlamentarismus nicht grundsätzlich ablehnt, sondern parlamentarischen Vertretern dieser Partei ausdrücklich vor, Konflikte in den Parlamenten zu provozieren, die dann zur Auslösung „revolutionärer Massenaktionen“ führen sollen. Wörtlich sagt das Programm: „Die Tätigkeit der parlamentarischen Vertreter ist auf die Herbeiführung solcher Konflikte zu richten.“

Das gestrige Verhalten der unabhängigen Fraktion ist leicht dadurch erklärlich, daß die Unabhängigen die Beschlüsse der Kommunisten als Befehle höherer Art ansehen.

Verbot der Donnerstag-Demonstration.

Die für Donnerstag, den 15. Januar, von den Parteien der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten einberufenen öffentlichen Versammlungen und sogenannten Gedächtnisfeiern werden verboten.

Berlin, 14. Januar. Das Oberkommando. (93.) Rostke.

„Freiheit“ und „rote Fahne“ verboten.

Der Reichswehrminister erläßt folgende Bekanntmachung:

Als Anhänger der vollziehenden Gewalt für Berlin und Brandenburg verleihe ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 11. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Zeitung „Die Freiheit“ sowie der beiden Zeitungen „Die rote Fahne“ im Gebiet des Ausnahmezustandes.

93. Rostke, Reichswehrminister.

Nach Meldung einer hiesigen Korrespondenz wurden die Redaktionsräume und Druckereien der genannten Organe am Dienstagabend durch Mannschaften der Sicherheitspolizei besetzt.

Berlin unter dem Ausnahmezustand.

Die Sicherheitspolizei hatte im Laufe der Nacht Vorkehrungen getroffen, um den Reichstag in weiter Umgebung abzusperren und so die gestrigen Tumulte in weiter Umgebung unmöglich zu machen. Der gesamte Tiergarten wurde in den Nachtstunden durch verstärkte Patrouillen, die wesentlich verstärkt worden waren, durchsucht, da sich noch in den späten Abendstunden allerlei verdächtige und leichtfertige Gesinde in der Umgebung des Reichstages umtrieb. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Nähe der Siegesallee auch ein verwundeter Mann gefunden, der sich in die Büsche geschleppt hatte. Im Laufe der Nacht wurde die Besatzung des Reichstages noch erheblich verstärkt. Bäume der blauen und grünen Sicherheitspolizei wurden in ausreichender Zahl im Reichstag untergebracht. Vor den einzelnen Portalen des Reichstagsgebäudes stehen drei bis vier Sicherheitsbeamte, die jeden, der das Haus zu betreten wünscht, prüfen und niemand ohne Legitimation passieren lassen. Am Brandenburger Tor über Sommerstraße ist ein schweres Soldaten-gewehr aufgestellt und ein Schild: „Wer weitergeht, wird erschossen.“ Jeder Vorübergehende muß sich hier ausweisen. Auch die Fuhrwerke müssen sich einer Kontrolle unterziehen. Vom Brandenburger Tor durch den Tiergarten, um den Königsplatz, durch die Kron- und Sommerstraße ziehen sich lange, ununterbrochene Ketten von Sicherheitsbeamten, die niemand in der Richtung nach dem Reichstag passieren lassen.

Die Zugänge zur Wilhelmstraße sind durch Drahtverhänge gesperrt, die nur einen schmalen Durchgang lassen. Die Reichstagspolizei hat ebenfalls die sonst in den Nachräumen untergestellten „holländischen Reiter“ und Drahtverhänge hervorgeholt und die Wege ist seit gestern abend wesentlich verstärkt worden.

Die Opfer des Strafenkampfs am Reichstag

sind auch heute noch nicht alle festgestellt. Die Zahl der Toten scheint aber 30 noch zu übersteigen. Im Schauhaus liegen 19 Tote, darunter zwei Frauen, von denen die eine Falkenholtz, die andere Anna Hartmann oder Sionie heißen soll. Von den Männern sind, wie wir zum Teil schon mitteilten, bestimmt erkannt:

- Grieh Rostke, Admiralsstraße 10.
- Gustav Schneider, Schlemmerstraße 27.
- Gustav Marx, Seidenfeldstraße 4.
- Paul Vogel, Reußkolln, Richardstraße 10.
- Otto Feinick, Köpplerstraße 18.
- Arthur Haack, Fürstenerstraße 12.
- Bruno Gwald, Hohenschönhausen, Kankelstraße 23.
- Richard Waltrusch, Reußkolln, Münchener Straße 18.
- Fritz Hargel oder Bergel, Reußkolln, Bietzenstraße 81.
- Rudolf Hancwald, Schauspieler, Wäcker Straße 5.
- Gust Schmitz, Reußkolln, Ledestraße 10.

In weiteren drei Toten glaubt man einen Feuerwehmann Saborski aus Reußkolln, einen Josef Mizsigel, der eine Wochenkarte Sadowa-Friedrichshagen auf diesen Namen bei sich führte, und einen gewissen O. Goldschmidt erkannt zu haben. Zur Feststellung der übrigen drei sind noch keine Anhaltspunkte gefunden. Der eine trägt eine Messingmarke Nr. 331 bei sich, ein anderer ist mit einem Straßenbahnmantel bekleidet.

Trotz alledem!

Von Paul Haupt.

Zumitten Not und Schmach und Qual,
hümischem, hassenden Zähnewehen,
Kopf hoch trotz alledem!
Lacht euch nicht aneinanderhehen,
ob Hunger und Glend auch rüttelt zum Toben,
reißende Worte die Städte durtschwirren!
Brüder, laßt Auge in Aug' und geloben:
Wägenden Sinn, zum Ziel erhoben,
das so schweren Wegs uns befreit,
nichts soll den wägenden Sinn und verwirren!
Brüder wir, Bruder, in härtester Zeit
euer den andern zu härten bereit!

Die neue Besinnung.

Dem Problem der Erneuerung ist nie von der wirtschaftlichen oder politischen, sondern immer nur von der physisch-geistigen Seite hergegangen. Was nützt es, wenn katastrophal oder auf dem Wege des Ueberlebens die neue wirtschaftliche Basis geschaffen wird und die Besinnung mit dieser Wandlung nicht Schritt hält, die Besinnung nämlich der großen Masse. Denn daß das Beispiel großer idealistischer Führer überwiegend Zukunftswert, seltener Gegenwartswert hat, ist durch die Geschichte tausendmal erhärtet. Was nützt es, wenn das Eigentum der einzelnen an den Produktionsmitteln nicht mehr besteht, wenn aber der Geist der Erfolgslust, der Uebertrumpfungslust nicht angezogen ist. Solange sich nicht die Besinnung in bezug auf Wert und Zweck der Arbeit fundamental geändert hat, solange wird der Geist des Sozialismus niemals seine Verwirklichung finden.

Die Handelsleute schütteln den Kopf: Glaubt ihr wirklich, ihr unverbesserlichen Ideologen, daß die Menschen in ihren natürlichen Anlagen, in ihrem Instinkt: nur der Stärkere hat recht, niemals sich ändern können? Angenommen, eure Staatsidee ist verwirklicht, jeder einzelne arbeitet in die allgemeine Kasse, was fördert die Qualität des Erzeugnisses anders als das Bestreben, es dem anderen zuvorkommen und danach eingeschätzt zu werden, was befördert die ideale Vertiefung anders als das Weitrennen derrer, die sich in Unficht und Handelsmitterung herdocten und dementsprechend belohnt werden wollen?

Gut, ihr lieben Handelsleute, euren Einwand lasse ich gelten bis zu den Worten: Einschätzung und Belohnung. Hört zunächst ein Gegenbeispiel: Es gibt Wissenschaftler, Künstler, Techniker, die ihre besondere Arbeit zu lieben, daß ihnen der Gedanke ihrer Wertung nach Marktgrundlagen gar nicht oder reichlich spät, zum

mindesten unlang spät kommt. Sie sind mit ihrem Geist ganz auf die Arbeit, aber ganz und gar nicht auf den Erfolg und den Nebenbuhler eingestellt. Ich gebe zu, daß solche Leute im kapitalistischen Staate verhungern können oder der wirtschaftlichen Ausbeutung anheimfallen. Für den sozialistischen Staat stellen sie jedoch die Grundtypen dar in der Richtung, auf die sich die Gesinnung der Arbeitenden zu wandeln hat.

In einem ideal verwirklichten sozialistischen Staate trägt die Lebenshaltung, muß sie folgende Physiognomie tragen: Jeder arbeitet, weil der Mensch zum Arbeiten auf der Welt ist. Dieser kategorische Imperativ der Arbeitspflicht ist jedem Menschen eingeboren oder unüberwindbar anezogen. Jeder verrichtet die Arbeit, zu der er kraft seiner besonderen Veranlagung, die sich in der besonderen Richtung kundtun wird, befähigt ist. Er verrichtet sie innerlich so gern, daß der Gedanke, wenn zu Liebe, zu welchem Gandelserfolge, ganz in den Hintergrund tritt. Er arbeitet, weil er arbeiten will und weil ihm die Arbeit Freude macht. Die Freude an der Arbeit bringt es ganz von selber mit sich, daß er ohne Rücksicht auf den äußeren Erfolg, auf die Konkurrenz das Bestmögliche auf seinem Gebiete leisten wird. Die Leistungen werden demnach immer auf der Höhe der Weltkonkurrenz stehen, sofern nur der Staat in der Zurechtweisung der Arbeit auf die besonderen Anlagen seiner Arbeiter, ebenso wie auf die Qualität der Rohstoffe usw., Bedacht nimmt.

Der Einwand erhebt sich, es gebe Arbeit, die gar nicht mit Freude gemacht werden könne, weil sie ganz unperidulisch, ganz mechanisch, ganz leer sei (trotzdem aber geleistet werden müsse). Diese Arbeit verleihe der großen Zahl der Widerbegehnten oder Judolenten, und es ergibt sich hier der Unterschied, daß, während man der ersten Kategorie die Arbeitszeit nicht fest umgrenzen kann, so sei denn, daß eine gewisse Grenzleistungsfähigkeit geleistet werden muß, der zweiten Kategorie die tägliche Arbeitszeit auf acht oder weniger Stunden festgesetzt werden muß, damit sie in der freien Zeit ihren besonderen Liebhabereien nachzugehen Gelegenheit finden. Für diese heißt es ja nicht wie für jene: alle Freude, alles Heil allen Lebensinhalt in der Arbeit, sondern: Befreiung von der Arbeit, ein Wort, was sich in diesem Zusammenhang bei Kantak findet.

Jedem Arbeitenden, ob er nun aus Pflichtbewußtsein und besonderer Freude oder nur aus Pflichtbewußtsein arbeitet, stehen für sich und seine Familie Wohnung, Nahrung, Kleidung und Bildungsmöglichkeit als eine vom Staate zu leistende Selbstverständlichkeit zu, die ihn nicht mit der geringsten Sorge erfüllt. Er muß sich im Hause des Staates fühlen wie ein Kind in der Familie, das auch nicht grübelt oder sorgt, wie es heute sein Essen erhält. Die Selbstverständlichkeit dieser staatlichen Leistung schaltet aus seinem Kopfe den Gedanken, wie vermehrte ich meine Arbeit zu äußerem Nutzen genählich aus. Wie ein Kind sein Spiel nicht in Beziehung legt zu Mißstände und Sonntagseideln, so hört der Arbeitende der Zukunft auf, Arbeit mit Arbeitslohn zu

kombinieren. Sein Arbeitslohn ist die innere Befriedigung, die er darüber empfindet, seine besonderen Fähigkeiten zum Nutzen des Ganzen erfolgreich angewandt zu haben, ferner die Möglichkeit, sich und die Seinen in allem Schönen und Guten zu bilden, im kleinen Bezirk ein Haus und ein Gärthchen zu haben, die er nach eigenem Gutdünken gestalten und ausbauen kann.

Diese Gesinnung des arbeitenden Menschen, die sich von der Besinnung des vorläufigen Jahrhunderts und der Gegenwart von Grund aus unterscheidet und die durch Erziehung und Beispiel der Menschheit allmählich eingepflanzt werden muß, ist die erste und wichtigste Grundlage zur Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinweins. Ihre Verpropagierung ermöglicht es aber auch allein nur, die Staaten des Westens, die insolge ihres Sieges noch fest im Kapitalismus verankert sind, mehr und mehr für den Sozialismus zu gewinnen, der in dieser Form einzig bestimmt ist, nicht einzelnen Menschen, sondern der großen Menschenmehrheit das Erdendasein zu einem erträglichen und befriedigenden zu machen.

ERKA.

Gegen Lautensack's „Harrhaudkomödie“, dies Werk eines künstlerisch durchaus erhabenen Humors, hat es gestern abend im „Kleinen Theater“ eine wildwürende Demonstration gegeben. Die Aufführung mußte abgebrochen werden. Verletzt im Vorzimmer vor der Direction mitgeteilt worden, daß für den Abend eine katholische Demonstration bevorstehe. Diese letzte dem auch schon im ersten Akt ein — Director Altmann hat die Opposition, ihr Urteil bis zum Ende der Aufführung zu vertagen. Er wurde aber am Weiterreden gehindert. Die Demonstrationen erklärten, daß sie jeden Abend wiederkommen würden, bis das deutsche Theater von solchem Schmutz befreit sei, der die katholische Religion verhöhne. Die Polizei räumte dann das Haus. Kollektiv wird den verhängnisvollen Ideen das Handwerk gelegt, wenn sie ihre Aktion wiederholen sollten.

Ein neuer Reichstags? In einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern hat der Deutsche Werkbund darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeichnung des neuen Reichstades nicht den künstlerischen Ansprüchen genügt, deren Beachtung im Interesse des neuen Deutschland liegt. Der Werkbund hat Prof. Otto Sapp in Schleichheim beauftragt, einen Gegenvorschlag zu machen.

Theater. Im Lessing-Theater muß die für Donnerstag angelegte Aufführung von Georg Kaiser's „Alle Weg der Erde“ abgebrochen auf Dienstag, 10. d. M., verschoben werden. Bis dahin wird allabendlich „Sugawallion“ gespielt. — Im Deutschen Opernhaus wird Mittwoch abend mit „Robine“ „Carmen“ gegeben.

Kunstvorträge. Dr. Adolf Behre beginnt am Donnerstag, abends, 8 Uhr, eine Vortragsreihe mit Uebersicht über die Entwicklung in die Kunst im Kaiser-Wilhelm-Museum, Köppler 66, und Freitag eine Vortragsreihe über „Die neue Kunst“ im Frauenklub, Genthiner Straße 18.

Wedekind im Staatstheater. Frau Wedekind wird nun auch ins Berliner Staatstheater eingeweiht. Intendant Segner hat den Marquis von Reib' zur Aufführung erworben.

Heber die Dämonen des kleinen Kindes spricht der Sozialdemokrat der Stadt Berlin Dr. Gustav Zander am 15. d. M., abends 8 Uhr, im Gefängnis, Dortheimstr. 12.

Die Streiklage in Berlin.

Ob und mit welchen Maßnahmen die Linksradikalen in Berlin verfahren werden, ihr gestern begonnenes Werk fortzuführen, läßt sich zur Stunde nicht übersehen. Die Redaktion eines Mittagsblattes, das Barolen zum Generalstreik oder zu Demonstrationen heute nicht ausgeben werden dürfen, dürfte in dieser Form nicht zutreffen. In einer Reihe von Betrieben wird von bekannten Gegnern eifrig versucht, die Vorgänge bei dem missglückten Reichstagsstreik zu einer neuen Generalfreistreichparade auszufächeln. Allerdings ist in vielen Betrieben die Stimmung der Arbeiterschaft gegen den Versuch eines neuen Generalstreiks. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wird, wie die „P.P.M.“ hören, in den Berliner Großbetrieben, u. a. bei Ludwig Löwe und Siemens, heute überall normal gearbeitet. Auch der Eisenbahnbetriebsrat ist heute in vollem Gange. Die geistige Betriebsruhe der Groß-Berliner Straßenbahn, die von 12 Uhr mittags bis 3 1/2 Uhr nachmittags dauerte, wurde dadurch herbeigeführt, daß das Elektrizitätswerk Moabit ruhte. Die Arbeiter dieses Werks nahmen an den Demonstrationen teil und hatten den Betrieb verlassen.

Bei dieser Gelegenheit muß ausdrücklich auf den schamlosen Terror hingewiesen werden, der, wie uns zahlreiche Zuschriften „gepreßter Demonstranten“ beweisen, gestern von den Radikalen ausgeübt wurde, um die Arbeiterschaft zur Teilnahme an den Demonstrationen zu bewegen. Eine Zuschrift eines Vertrauensmannes der S.P.D. aus einer Eisenbahnwerkstätte, die wir nachstehend wiedergeben, beschäftigt sich auch mit diesem Thema.

Ein S.P.D.-Vertrauensmann schreibt: Vor allen Dingen möchte ich hier feststellen, daß die Sicherheitspolizei vor dem Reichstag direkt herausgefordert und entwisst wurde. Da erst greift die Polizei ein. Aber warum schiebt die Regierung da keine Riegel her? Sie will doch nicht wie die U. S. V. es treibt, wenn sie demonstriert. Ich bin in einer Eisenbahnwerkstätte. Wir werden dort von den unheimlichen Elementen rantergebrüllt; wer sich nicht fügt oder entgegensetzt, wird mißhandelt. Die Schlichter und Treher haben weiter gearbeitet, wie in der Fabrikwerkstatt umhinstehen und flühen, um allen Schaden aus dem Wege zu räumen. Der Terror herrscht mächtig unter den Eisenbahnern in der Werkstatt, es ist auch die radikalste. Ein gut erzogener disziplinierter Arbeiter weiß, was er tut. Seht Euch die Elemente an, mit denen man zusammenarbeiten muß. Unterstützt Eure Funktionäre und Vertrauensleute; die Regierung kann es, wenn sie nur will.

Die verletzten Sicherheitspolizeibeamten.

Von der Sicherheitspolizei sind, wie nunmehr feststeht, ein Franke gefeßt und 11 verletzt worden. Der Gefestete ist der Unterwachtmeister Rudolf von der 1. Hundertschaft der Gruppe Mitte, der, wie oben berichtet, in Reußhain von dem Gefesteten Hölzer ohne jeden Grund erschossen wurde. Verwundet sind folgende Polizeibeamte: von der Gruppe Mitte: Unterwachtmeister Ruppert, Unterwachtmeister Kump, Unterwachtmeister Kapitz, Unterwachtmeister Schönebeck; von der Gruppe Süd: Hilfswachmeister Düsterdieck, Hilfswachmeister Gott, Hilfswachmeister Schlawinski, Unterwachtmeister Tade, Unterwachtmeister Korkmann; von der Gruppe West: Hilfswachmeister Springer und Hilfswachmeister Riemann. Die meisten durch Schläge.

Mord an einem Sicherheitsoldaten.

Ein schweres Verbrechen, das offenbar im Zusammenhang mit den Ereignissen des gestrigen Tages steht, ist in der Nacht vor dem Hause Welfenstr. 8, Reußhain, verübt worden. Dort wurde der Unterwachtmeister Georg Rudolf von einem Reichswehrsoldaten, ohne daß ein Streit vorausgegangen wäre, erschossen. Wir erfahren darüber folgendes: Der 20jährige Unterwachtmeister Georg Rudolf vom Stab der Sicherheitspolizei wollte sich gestern Abend nach Reußhain zu seinen in der Welfenstr. 8 wohnenden Eltern begeben, um ihnen Brot zu bringen. Als Rudolf an der Haustür anlangte und aufschließen wollte, trat ihm plötzlich ein Soldat der Reichswehr entgegen und ließ dem nichts ahnenden Sicherheitsbeamten, ohne daß zwischen den beiden Männern ein Wort gewechselt worden wäre, einen Dolch in die Brust. Der Betroffene sank hinfallend zu Boden, während der Mörder entfloh. Eine zufällig vorübergehende Patrouille fand Rudolf hinfallend am Boden liegend. Der Mörder konnte nach einer kurzen Verfolgung festgenommen und in Gewahrsam gebracht werden. Er wurde als der Gefestete Otto Hölzer von der Maschinenabweisungsdamm in Jüterbog ermittelt. Über die Gründe seiner Handlungsweise ist bisher noch nichts Sicheres bekannt. Es scheint sich hier, da Hölzer bei seinen Kameraden als überaus bekannt ist, um einen Mordakt aus politischen Motiven zu handeln.

Verkleidet und ausgeplündert.

Wir meldeten gestern, daß die Sicherheitswehr zwei ihrer Beamten ermordet. Während der eine der beiden ermordeten Sicherheitsbeamten den Tod gefunden hat, ist der andere, der Unterwachtmeister T. von der Gruppe Süd, mit dem Leben davon gekommen. Der Beamte wurde an der Freitreppe des Reichstags von halbblühigen Deutschen, die Nationaluniform trugen, und einem Mann, der ein Ausländer zu sein schien, entkleidet und verkleidet. Die Deutschen bedrohten den Beamten mit Dolchen und erklärten ihm, daß sie ihn niederstrecken würden, wenn er zu fliehen versuche. Er wurde nach Moabit in einen Keller verkleidet, wo man den Beamten durchdringend bis auf seine Beine ausgeplünderte und dann, nur notdürftig bekleidet, nachts laufen ließ.

Der Reichsrat für die Teuerungszulage.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die am Dienstag nachmittags unter Vorsitz des Finanzministers Erzberger stattfand, stand auf der Tagesordnung die Beschlußfassung über den Antrag der Reichsregierung wegen weiterer Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen der Reichsbeamten um 150 Prozent. Wie der Finanzminister mitteilte, gedenkt die Regierung so vorzugehen, daß sie nur die Zustimmung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung einholt, eine Vorlage selbst aber nicht einbringt.

Gegen die Vorlage erklärte sich nur der Vertreter von Bayern namens seiner Regierung. Die bayerische Regierung stellte es für genügend, 100 Proz. mit Ausschluß der Kinderzulagen zu bewilligen, so jedoch bereit, wenn ein entsprechender Beschluß gefaßt werden sollte, darauf die Kontingenz für die bayerischen Beamten zu geben. Die Vertreter aller anderen Einzelstaaten verhielten sich im Grunde zustimmend, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Finanzminister seine Aufgabe wahr mache und den Einzelstaaten für die auch bei ihren Beamten notwendig werdenden Erhöhungen der Teuerungszulagen Reichsvorschuß bewillige. Die Vertreter einiger Staaten beschloßen sich die endgültige Zu-

stimmung noch vor und ließen das Protokoll offen, wie die Formel in dieser Fall für den Reichsrat steht, bis die endgültige Instruktion ihrer Regierungen eingetroffen sei. Finanzminister Erzberger erneuerte seine Zusage in bezug auf die Zulage und konstatierte, daß im Reichsrat eine Mehrheit für die Erhöhung der Teuerungszulagen um 150 Proz. vorhanden sei.

Eisners Mörder vor Gericht.

Vor dem Münchener Volksgericht beginnt am Donnerstag die Verhandlung gegen den Studenten und Leutnant Grafen Anton Arco-Valley, der beschuldigt wird, am 21. Februar d. J. das Revolverattentat auf den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Eisner verübt zu haben. — Wie werden über die Verhandlungen berichtet.

Wirtschaft.

Einwirkung der Kurven auf die Kaufkraft unserer Mark.

Man kaufte am 13. Januar in Köln:

| |
|---|
| 1 englische Pfundnote mit 200—215 M. (am Vortage 192—194) |
| 100 französische Franken „ 475—478 „ („ 469) |
| 100 belgische Franken „ 477—482 „ („ 468—465) |
| 100 schweizerische „ 950—960 „ („ 900) |
| 100 holländische Gulden „ 1990—2010 „ („ 1940) |

Die Steigerung der ausländischen Devisen ist offenbar auf die Zunahme der inneren Lage in Deutschland, insbesondere auf die gestiegenen Vorkäufe vor dem Reichstage in Berlin, sowie auf die Verschärfung des Eisenbahnerstreikes in Rheinland-Westfalen zurückzuführen.

Die Steigerung der Devisenkurse bedeutet eine erhebliche Verteuerung aller Einfuhrwaren und damit der Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten. Mit weiteren Rückgängen der Kaufkraft der Mark werden wir rechnen müssen, wenn nicht baldigst wieder ruhige Verhältnisse eintreten.

Staatsschuldverrechnungen zur Deckung des Gehaltsrücktrages der preussischen Eisenbahnen.

Im „Reichsanzeiger“ wird das Gesetz veröffentlicht, wodurch die Staatsregierung ermächtigt wird, zur Veranschlagung der Geldmittel, die aus Anlaß des Gehaltsrücktrages im Haushaltsplan der Eisenbahnverwaltung zur Ergänzung der Einnahmen im Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1919 erforderlich sind und in Höhe von 786 148 743 M. in Ansatz gebracht sind, Staatsschuldverrechnungen auszugeben.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Erwählung des Mehrerbieders und Schlachtleibhünten. Die über die Verwendung des Mehrerbieders aus den Häuten von Schlachtwild und Schlachtpfeiden festgesetzten Quoten sind für die Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1920 neu festgesetzt worden. Der Tierhalter erhält für den Jänner Lebendgewicht für Rinder, ausgenommen Küber, 52,20 M., für Küber 90 80 M. für Schafe mit vollständigen, halblansen und für wolligen Fellen 78,20 M. für Schafe mit Wölven 60 M., für Pferde einschließlich Fohlen, Ferkel, Mastelente und Mastel 87,20 M.

Aufhebung der Pechlagennote von Weißblech. Die Pechlagennote und Pechpflicht von Weißblech sind vom 15. Dezember ab aufgehoben worden.

Kaltpfärlerei N.-G., Dresden. Unter dieser Firma wurde eine neue Aktiengesellschaft ins Leben gerufen, deren Gegenstand ist die Fabrikation und der Betrieb von Gefäßen und anderen Körpern aus Material jeder Art. Die Gesellschaft gedenkt ihre Fabrikate herauszugeben ohne Verwendung von Kohlen und anderen Brennstoffen. Die Fabrik befindet sich in Spechtzig (Radenauer Grund) und besitzt über hinreichend Wasserkraft, so daß auch für die Krafterzeugung keine Kohlen benötigt werden.

Groß-Berlin

Heute Abend Mitgliederveranstaltungen!

Um jedem etwaigen Mißverständnis vorzubeugen, läßt der Vorstand des Bezirksverbandes darauf hinweisen, daß die für heute, Mittwoch, Abend angeordnete Mitgliederveranstaltungen stattfinden. Die Funktionäre, die zu der Funktionärskonferenz um 5 Uhr in das Kriegervereinshaus besetzt sind, werden sich rechtzeitig in die Mitgliederveranstaltungen begeben, um dort über das Ergebnis der Konferenz Bericht zu erstatten.

Preiserhöhungen überall.

Die Berliner Charité teilt uns mit: Nachdem für die städtischen Krankenhäuser eine Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten beschlossen war, sind nunmehr auch für das Charité-Krankenhaus und die übrigen hiesigen Universitätskliniken vom gleichen Tage ab die Rollen in der III. Verpflegungsklasse auf 8 M. für Erwachsene und 4 M. für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre erhöht worden. Diese Kostensteigerung gelten bei den obigen Universitätsanstalten in gleicher Weise für Berliner wie Nicht-Berliner.

Die Fuhrherren-Zugung in Berlin teilt mit, daß sie angesichts der fortgesetzt steigenden Rollen für sämtliche Futtermittel und Betriebsbedarf beschließen wolle, vom 15. Januar ab die auf weiteres zunächst einen Zuschlag von 30 Prozent auf sämtliche Preise des ab 15. November 1919 gültigen Tarifs zu erheben (ausgenommen Lagergeld und Arbeitsleistungen).

Immer langsam voran!

Man kürzt uns: Ende Dezember 1919 beschloß die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Wiedererrichtung der am 25. November 1919 entlassenen Barackenlager. Inzwischen sind 14 Tage verstrichen, ohne daß Anhalten gemacht werden, die Wiedererrichtung vorzunehmen. Eine ganze Reihe von Arbeitern, welche ihre Entlassung als besonders ungerecht empfanden (langjährige Beschäftigungsdauer, größere Familien usw.), erhoben Klage beim Schlichtungsausschuss. Dieser entschied in allen Fällen zugunsten der Arbeiter, so daß der Magistrat zur Wiedererrichtung verpflichtet wurde. Es läßt sich aber trotz des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht ein, die Entlassenen einzustellen; er lehnt die Schlichtung ab. — Weiter wurde damals eine Anzahl Franken der Kartoffelverwertung übermieten. Auch diese sollen jetzt wieder entlassen werden. Ähnliches wird nun nicht auch wieder übernommen werden, wo alle wieder eingestellt werden sollen? Wenn die Wiedererrichtung beschlossen ist, sollte man damit nicht nochmals Wochen warten. An Arbeit fehlt es bei der Parkverwaltung nicht. Darum etwas mehr Kampf dahinter.

Mit Morphium betäubt und beraubt.

Ein geheimnisvoller Verfall, der noch der Klärung bedarf, hat sich gestern auf dem Gendarmenmarkt abgespielt. Dort wurde der Kaufmann Hans Garmelin betäubungslos aufgefün-

den. Man hielt ihn für betrunken und brachte ihn nach der Rettungswache in der Kronenstr. Hier erkannte jedoch der Arzt, daß eine Vergiftung vorlag. Durch Anwendung geeigneter Gegenmittel gelang es, ihn ins Bewußtsein zurückzurufen. Garmelin wurde dann der Wache der Sicherheitspolizei in der Reichsbank angeführt und hier vernommen. Nach seinen Angaben war er mit einem angehenden Bruno Wolfermann aus Dortmund, den er schon vorher kennen gelernt hatte, zusammen gewesen. Auf dem Gang über den Gendarmenmarkt hatte er seinem Begleiter einen Schuß „Kognak“ aus einer Flasche angeboten. Garmelin nach dem Genuß war Garmelin am Naun befinnungslos zusammengebrochen. Statt Kognak hatte er Morphin erhalten. Das starke Gift hätte ihm ohne Zweifel das Leben gekostet, wenn er nicht gleich aufgefunden worden wäre. Wolfermann, der seinem Opfer 70 000 M. in Scheinen geräubt hat, wird wegen verübten Raubmordes verhaftet. Der Rädeltige ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, mittelgroß und schlank, sieht sehr elegant aus, hat schwarzes, geschichtetes Haar, einen schwarzen, gestrichelten Schnurrbart und Adler-nase und trägt grauhaarigen Anzug, dunkelgrauen Hosen mit braunem Pelzrocken.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Eisenbahner-Verbandsrat. Donnerstag, abends 6 Uhr: Sitzung der Eisenbahner- und Bezirksleiter, Bellevuestr. 7, 2 Tr. rechts. Zur verbindlich ist, muß unbedingt Vertreter senden. Wichtige Tagesordnung!

Widerstand gegen die Räte. Berlin, den 16., abends 7 Uhr, in der Aula an der Paulsen-Deutscher Volkshochschule. Tagesordnung: „Gewaltvoll über Demokratie“. Referent: Genosse Ernst Neumann. (Zur verbindlich ist, muß unbedingt Vertreter senden gegen den Terrorismus der Unabhängigen! Einigkeit in Moskau!)

Karlsruhe. Heute keine Mitgliederversammlung. Nächste Versammlung am 22. d. M. im „Bürgerheim“. Treffpunkt 8 1/2 Uhr. Genosse Hermann Müller macht über das Betriebsstreikgesetz — Sonnabend, den 17. d. M.: Gefellige Zusammenkunft im „Bürgerheim“.

Jugendveranstaltungen.

Reichs-Jugendrat. Freitag, abends 8 Uhr. Am Donnerstag, den 15. d. M.: Vortrag: „Erdbeben und Erdbeben“. Die Schwesternabendessen nordwärts aus. — Reußhain-Süd. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Vortrag: „Die Grundlagen der Weltanschauung“.

Bildungsveranstaltungen.

Krausenstraße. Die Volkshochschule hat mit Vorträgen am Montag, den 15. d. M., begonnen. Der Unterricht umfasst 24 Wissensgebiete. Wir empfehlen besonders auf den Kursus des „Wissenschaftlichen Vortrags“ und „Erdbeben und Erdbeben“ der Reichswehrschule. Die Vorträge beginnen am Freitag, den 16. Januar, 8 1/2 Uhr, in der II. Seminarhalle.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Internationale Frauensliga für Frieden und Freiheit. Zweigstelle Groß-Berlin, veranstaltet am Freitag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung in der Aula der Comenius-Schule, Schöneberg, Franzosenstr. 11, Ecke Gendarmenstr. Es werden sprechen: Helene D. Glatzer, Helene und Adeline Oberbrunn, Adeline Glatzer über „Föderation der Frauen für die Erziehung zur Friedensgestaltung in der Ehe“.

Gewerkschaftsbewegung

Droht ein neuer Verkehrsstreik in Groß-Berlin?

Seit Anfang Dezember 1919 stehen die Angestellten der Straßenbahnen und Hochbahn mit ihren Arbeitgebern in Verhandlung, um eine entsprechende Lohnerhöhung zu erzielen. Das bisherige Resultat der Verhandlungen hat unter dem Personal keine Befriedigung erweckt, und die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, ob wir wieder in einen neuen Verkehrsstreik verwickelt werden.

Wie liegen die tatsächlichen Verhältnisse, die zu solchen Differenzen führten? Die Angestellten der Straßenbahn haben seit Januar 1919 keine Gehaltserhöhung mehr erhalten, mit Ausnahme einer einmaligen Zulage von 350 Mark im Juli 1919. Das Gehalt selbst ist recht gering, wie aus nachstehendem ersichtlich:

Die Löhne für Schaffner betragen 400 bis 500 Mark monatlich. Die zuletzt genannte Summe erhalten sie erst im 11. Dienstjahre. Die Fahrer erhalten im Monat 26 Mark mehr wie die Schaffner. Das sind Stundenlöhne von 1,92 bis 2,40 M. für Schaffner und 2,04 bis 2,53 M. für Fahrer. Selbst, wenn die einmalige Zulage noch in Stundenlohn umgerechnet würde, erhöhen sich diese nur um 14 Pfennige.

Im Vergleich dazu erhalten die städtischen Arbeiter für die Stunde 2,80 M. (ungelehrte) und 2,90 M. (angelernte). Die kommunalen Beamten in der 5. Gruppe, also Altenhoffer, Altenwogenbegleiter, Fahrtaktführer, Magistratsdiener usw., haben ein Einkommen in Stundenlohn umgerechnet von 2,80 bis 3,52 M.

Diese Stundenlöhne sind in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerung nicht zu hoch. Daraus folgt aber, daß der Straßenbahnführer, der keine geringere Arbeitsleistung vollbringt, abgesehen davon, daß er im schärfsten Maße Bind und Wetter ausgesetzt ist, zu niedrig entlohnt wird.

Und was ist das Resultat der bisherigen Verhandlung? Man bot dem Personal einen Anfangslohn von 525 M., jedes Jahr steigend um 10 M. bis 575 M. für den Monat. Der Fahrer sollte keine 20 M. Mehrlohn weiter beziehen. Dazu sollten in jedem Monat 30 M. Teuerungszulage kommen für die erhöhten Kartoffel- und Brotpreise. Das wäre also ein monatliches Einkommen von 555 bis 605 M. für Schaffner und 581 bis 631 M. für Fahrer. Abgesehen davon, daß dieses Einkommen noch weit entfernt ist von den 733,33 M. der beamteten Altenhoffer usw., ist die gebotene Summe auch nicht dazu angetan, um die Existenz der Straßenbahner aufrecht zu erhalten. Allerdings rechnet die Straßenbahnverwaltung ein höheres Einkommen heraus. Es werden Uniformen und die beschränkte Freifahrt mit 400 M. pro Jahr in Ansatz gebracht. Wenn man dies, weder bei den städtischen Arbeitern, soweit sie solche haben, sofern sie nicht in Krankenanstalten usw. beschäftigt sind, noch oben genannten Beamten wird ihre Kleidung resp. Uniform in Anrechnung gebracht. Warum soll es bei den Straßenbahnern geschehen?

Die bestehenden Differenzen zwischen der Forderung des Personals und dem Angebot der Verwaltung sind also noch recht erhebliche. Ob durch Verhandlungen, die aber nach dem „letzten Angebot“ der Verwaltung wohl kaum noch einmal aufgenommen werden, ein weiteres Entsaften kommen der Verwaltung zu erlangen ist, läßt sich schwer sagen. Wohl aber besteht die Gefahr einer Arbeitslosigkeit. Eine solche kann vermieden werden, wenn man die immer noch bescheidenen Wünsche des Personals erfüllt.

